

Politischer Regionalismus in Deutschland und Frankreich im intertemporal-interkulturellen Vergleich

Best, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Best, H. (2008). Politischer Regionalismus in Deutschland und Frankreich im intertemporal-interkulturellen Vergleich. *Historical Social Research, Supplement*, 20, 261-283. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-191813>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Politischer Regionalismus in Deutschland und Frankreich im intertemporal-interkulturellen Vergleich

Heinrich Best *

Abstract: Best bezieht sich auf Fernand Braudel, der darauf hingewiesen hat, daß politische Geschichte nicht notwendig Ereignisgeschichte ist. Es gibt eine Geschichte der langen Zeitverläufe, der „longue duree“, in denen sich demographische Veränderungen und der Umbau von Sozialstrukturen und Wirtschaftsformen erst nach langer Zeit manifestieren. Im Rahmen dieses Ansatzes geht Best der Frage nach der Bedeutung regionaler Strukturen für die Herausbildung politischer Kulturen an Hand eines historischen Vergleichs von Deutschland und Frankreich nach. Das Verhältnis von Region und Politik in diesen beiden Ländern wird von den Anfängen der parlamentarischen Massendemokratie in den Revolutionen von 1848/49 bis in die Gegenwart verfolgt. Die Revolutionsjahre sind eine „critical juncture“, in der sich soziopolitische Allianzen und Konfliktlinien formierten, die für lange Zeit Bestand hatten und die sich erst in den letzten Jahren der „neuen Unübersichtlichkeit“ aufzulösen beginnen. Die Analyse bestätigt insgesamt Schumpeters Diktum, daß „soziale Strukturen, Typen und Verhaltensweisen Münzen sind, die nicht leicht schmelzen“.

1. Die Grenzen des Untersuchungsfeldes

Nicht selten wird politische Geschichte mit Ereignisgeschichte gleichgesetzt, die auf das „Drama der großen Ereignisse“ zugespitzt ist, während sich die Geschichte des langen Zeitablaufs, der *longue durée*, in den allmählichen demographischen Veränderungen, dem Umbau von Sozialstrukturen und Wirtschaftsformen oder dem langsamen Wandel grundlegender Wertorientierungen manifestiert (Braudel 1972: 192). Zwar hat bereits Fernand Braudel, von dem diese Systematik der historischen Zeiten herrührt, darauf hingewiesen, daß politische Geschichte nicht notwendig Ereignisgeschichte ist – daß sie, um hier seine eigene bezeichnende Wendung zu gebrauchen, nicht dazu verdammt sei, Ereignisgeschichte zu bleiben – doch beschränkten sich jene Historiker und Sozialwissenschaftler, die am Zeitmaß der *longue durée* orientiert sind, bis vor kurzem weitgehend auf das engere Feld der Sozialgeschichte – „the history of a

* Reprint of: Heinrich Best (1995): Politischer Regionalismus in Deutschland und Frankreich im intertemporal-interkulturellen Vergleich, in: K. H. Reuband, F. U. Pappi u. H. Best (Hrsg.): Die deutsche Gesellschaft in vergleichender Perspektive: Festschrift für Erwin K. Scheuch zum 65. Geburtstag, Westdeutscher Verlag: Opladen, S. 137-159.

people with the politics left out“ nach Trevelyan's Definition (1962: XI). Diese Beschränkung enthält ein Element des Paradoxen, denn gerade im Fall Frankreichs tragen die politischen Konfliktstrukturen der Gegenwart Züge der Dauer, die sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, ja in die Zeit des Ancien régime zurückverfolgen lassen. Es ist – gegenüber der Rhetorik von der „nation une et indivisible“ – ein weiteres Paradox, daß sich die longue durée politischer Strukturen gerade in der Hartnäckigkeit regionaler Unterschiede ausprägt.

Damit bin ich beim Thema dieses Beitrages: dem Verhältnis von Region und Politik in Frankreich und Deutschland seit der ersten Emanation der parlamentarischen Massendemokratie in den Revolutionen von 1848/49, der Frage nach den Gründen für die Entstehung und das Überdauern regionaler politischer Loyalitäten bei wechselnder Verfassungsordnungen und einer sich in anderen Bereichen grundlegend verändernden Gesellschaft.

Den Begriff des „politischen Regionalismus“ verwende ich hier in Anlehnung an William Brustein (1988) für Disparitäten politischer Orientierungen zwischen Regionen; für das also, was der Vater der géographie électorale André Siegfried zu Beginn unseres Jahrhunderts die „tempéraments politiques régionaux“ genannt hat (1913). Nicht gemeint ist damit die ethnische und religiöse Opposition gegen die administrative und kulturelle Hegemonie eines Zentralstaats. Deren Anfänge liegen nach dem Beginn meines engeren Beobachtungszeitraums (Rokkan und Urwin 1983: 120-123; Weber 1983: 146-171). Den historischen Ansatzpunkt der Längsschnittbetrachtung bilden die Revolutionsjahre 1848/49. Sie waren – im Sinne Stein Rokkans und Seymour Lipsets – eine „critical juncture“, in der sich soziopolitische Allianzen und Konfliktfronten formierte, die für lange Zeit Bestand hatten und sich erst in den letzten Jahren im Zeichen schwächer werdender Ligaturen und neuer Unübersichtlichkeit aufzulösen begann (1967: 54).

Die Betrachtung ist vergleichend angelegt, wobei hier die Logik des Vergleichs J.S. Mills „method of differences“ folgt, nach der die Untersuchungsfelder so auszuwählen sind, daß der Einfluß der Faktoren, die man zu erforschen wünscht, isoliert betrachtet werden kann (Zelditch 1971: 267-307; Scheuch 1968: 1973). Deutschland und Frankreich bilden für die in diesem Beitrag verfolgten Fragestellungen eine vielsprechende Konstellation: In beiden Fällen handelt es sich um große, regional heterogene Flächenstaaten, die im beobachteten Zeitraum – wenn auch mit unterschiedlichen Transformationsraten und Tiefenwirkungen – den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft vollzogen. Weitgehende Übereinstimmung bestand bis 1933 auch im Hinblick auf die Reichweite politischer Partizipationsrechte und den Rhythmus ihrer Ausdehnung. Nach der Revolution von 1848 wurde in beiden Territorien das allgemeine, oder ein ihm angenähertes (Männer)Wahlrecht eingeführt. In beiden Fällen blieb dies eine auf die Revolutionszeit begrenzte Episode, die erst 1871 in eine dauerhafte Etablierung überleitete, wobei die in Deutschland

1919 vollzogene Ausweitung auf das Frauenwahlrecht in Frankreich erst 1946 durchgesetzt werden konnte (Huard 1991).

Hohe Unterschiedlichkeit bestand dagegen im Hinblick auf die Verläufe und Durchdringungsgrade der Prozesse von Staats- und Nationsbildung. Frankreich repräsentiert nach einem spätestens im 16. Jahrhundert einsetzenden und mit der Französischen Revolution noch einmal forcierten Prozeß kultureller Homogenisierung und der Ausbildung zentralstaatlicher Hegemonie in seinem Selbstbild wie in vielen wissenschaftlichen Deutungen idealtypisch die „nation une et indivisible“ (de Planhol 1988: 277-281, 317-335).

Deutschland war seit dem Hochmittelalter einem Prozeß territorialer Fragmentierung in einen fast nur noch symbolisch wirksamen Verbund faktisch souveräner Einzelstaaten unterlegen, der nach dem Ende der napoleonischen Kriege als „Deutscher Bund“ auch staatsrechtlich in die Form des Staatenbundes umgegossen wurde. Dessen Territorium, auf dem mit Polen, Tschechen, Slowenen und Italienern große ethnische Minoritäten lebten und auf dem sich seit dem 16. Jahrhundert die beiden großen Konfessionsgemeinschaften in räumlich weitgehend segregierten Reservaten gegenüberstanden, bildete den weiten Handlungsraum, auf dem sich im 19. Jahrhundert in einem langwierigen und blutigen Prozeß territorialer Konsolidierung und Sezession die deutsche Nationalstaatsbildung bis hin zur Gründung des kleindeutschen Reiches vollzog (Gollwitzer 1964).

Die Phase der Teilung nach dem zweiten Weltkrieg bildete dann ein Postskriptum zur Geschichte der territorialen Fragmentierung Deutschlands. Ihr Ende verdeutlicht einerseits, daß der Prozeß nationaler Integration in Deutschland einen höheren und belastungsfähigeren Grad der Verbundenheit bewirkte, als dies viele Beobachter geglaubt hatten – auch dies ein Beispiel für die Wirkungsmacht der *longue durée* –, andererseits markierte es den Beginn eines neuen politischen Regionalismus anderer Art.

2. Der Fall Frankreich: territoriale Vielfalt im konsolidierten Nationalstaat

In ihrem berühmt gewordenen „Atlas anthropologique et politique“ zeichnen Emmanuel Todd und Hervé Le Bras mit wenigen Strichen ein Bild der Wahlgeographie des modernen Frankreich und deuten zugleich eine erste Erklärung regionaler Unterschiede an: Danach gewinnt die Rechte traditionell im Westen Frankreichs, in der Bretagne und den angrenzenden Departements, im Elsaß, in Lothringen und im Süden des Massif Central; die Linke dominiert in den an das Mittelmeer grenzenden Departements, in der südöstlichen Peripherie Zentralfrankreichs, die vom Limousin über das Bourbonnais bis in die Franche Comté reicht, und im äußersten Nordosten. Ungewiß sei der Ausgang der Wahlen nur an den Rändern dieser Hochburgen, während in ihrem Inneren die Stimmabgabe für die Linke und die Rechte kein Gegenstand der individuellen

Entscheidung, sondern ein Element der lokalen Kultur sei (1981: 333). Die Verteilung der politischen Lager auf ihre regionalen Hochburgen sei im wesentlichen seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts stabil geblieben.

Tatsächlich unterschätzen Todd und Le Bras damit die Kontinuität der politischen Topographie Frankreichs. Ordnet man etwa die Abgeordneten der Assemblée nationale constituante des Jahres 1848 gemäß ihrem Abstimmungsverhalten der Rechten und der Linken zu, dann trug die regionale Verteilung beider Lager auf die Wahldepartements bereits damals die gleichen Grundzüge wie die politische Landkarte des modernen Frankreich. Großräumig und nachhaltig hat sie sich nur in zwei Regionen geändert: Um Paris entstand ein Gürtel „roter“ Departements, während das Elsaß und Lothringen seit ihrer Rückkehr zu Frankreich eher rechts votierten. Erst der massive sozialökonomische Wandel, der mit der Einbeziehung in die Agglomeration der Hauptstadt einherging, und der irreguläre Veränderungsdruck einer zeitweiligen Zugehörigkeit zu einem anderen Nationalstaat bewirkten also einen Wechsel der politischen Couleur dieser Landschaften (Best 1990: 407).

Die Frage stellt sich, wie diese regionale Vielfalt und ihr Überdauern zu erklären sind. Die Standardinstrumente und -deutungen der Sozialstrukturanalyse erweisen sich dabei als wenig hilfreich. Folgt man etwa den gängigen Theorien politischer Modernisierung, dann hätten in dem konsolidierten Nationalstaat Frankreich die Gemeinsamkeiten der Zugehörigkeit zu Klassen und Gesinnungsgemeinschaften schon längst regionale und parochiale Loyalitäten untergraben müssen. Tatsächlich – und hier weist die Fragestellung über den Fall Frankreich hinaus – widersetzten sich aber vermeintlich anachronistische politische Orientierungen hartnäckig dem Veränderungsdruck sozialen Wandels. Dieses Beharrungsvermögen ist eine Herausforderung an die politische Soziologie, die nicht zufällig mit den Modellen Stein Rokkans dazu Rekonstruktionen höchster Komplexität hervorgebracht hat; für die historische Forschung ist es eine Bestätigung ihrer aktuellen Bedeutung, weil hier Geschichte mächtig und faßbar in die Gegenwart wirkt (Flora 1981).

Frägt man aber nach dem konkreten Erklärungsbeitrag von Theorien des politischen Regionalismus, wird man schnell enttäuscht, es sei denn man gibt sich mit einer Blütenlese wolkiger Wissenschaftspoesie oder tautologischen Wendungen zufrieden. Selbst ein so kundiger Beobachter wie Eugen Weber krönt eine zentrale Passage über den politischen Regionalismus im Frankreich des 19. Jahrhunderts mit der leeren Aussage: „Uralte Gegensätze wurden einfach neu definiert, wenn die Ebenen nach links tendierten und die Bergregionen hartnäckig rechts und katholisch blieben“ (1983: 261). Webers Epiteton „einfach“ bezeichnet genau den Punkt, an dem es schwierig wird!

Welche Auswege eröffnen sich nun aus solchen tautologischen Zirkeln? Eine kürzlich erschienene Arbeit über die sozialen Ursachen des politischen Regionalismus in Frankreich seit 1849 trifft die hier nützliche Unterscheidung zwischen strukturellen und normativen Erklärungen (Brustein 1988: 9-32): In

normativen Erklärungen bewirken Werte, Weltbilder und kollektive Erinnerungen die regionalen Unterschiede politischer Orientierungen und erhalten sie über Generationen hinweg, dagegen sind sie in strukturellen Erklärungen Ausdruck tiefer liegender regionaler Unterschiede der Wirtschaftsformen und der sozialen Ordnungen. Häufig werden beide Ansätze aber auch miteinander verbunden, zumeist in der Weise, daß die Entstehung regionaler Unterschiede strukturell, ihr Überdauern aber normativ erklärt wird.

Das gilt etwa für die Arbeiten des Historikers Yves-Marie Berce, der im Südwesten Frankreichs eine Kontinuität des Widerstandes, vor allem der Steuerrebellion, gegen den Zentralstaat vom 16. Jahrhundert bis in das 19. Jahrhundert beobachtet, dessen Nachhall er noch im Wahlverhalten der 1870er Jahre verfolgt (1974: 228-231). Weniger tief in der Vergangenheit setzen Paul Bois (1960) und Charles Tilly (1962) ihre Untersuchungen der sozialen Ursprünge konservativer Traditionen in der Vendée und der Bretagne an: Für sie war es die mit der Revolution sympathisierende städtische Bourgeoisie, die nach 1789 durch den Ankauf von Kirchengütern und durch kommerzielle

Durchdringung die etablierte Ordnung einer homogenen ländlichen Lebenswelt störte und damit die sozialkonservative Protestbewegung der Chouannerie provozierte. Dieser Konflikt wirke bis in das 20. Jahrhundert fort und habe im kollektiven Gedächtnis den Wandel durch Urbanisierung, Alphabetisierung und Industrialisierung überdauert. Auch bei Lynn Hunt (1989: 151-179) liefert die Revolution von 1789 die Farben, die die politische Landkarte Frankreichs bis heute kolorieren. Nach ihren Analysen der parlamentarischen Versammlungen zwischen 1792 und 1798 erhielt die Linke durchgängig aus jenen Departements Unterstützung, die relativ arm, wenig urbanisiert und fern von Paris waren.

Nach Daniel Deriory, Mattei Dogan (1971: 517-570) und Jean Klatzmann (1958: 36-68) bestimmen dagegen religiöse Orientierungen den Regionalbezug der französischen Politik. In diesen Arbeiten wird ein enger Zusammenhang zwischen Religiosität und konservativen politischen Haltungen behauptet. Dagegen steht für Henri Espieux (1970) und Jacques Vedel (1971) der ethnische Regionalismus im Vordergrund: Die Mittelmeerregion habe links votiert, um gegen die zentralistische Dominanz und kulturelle Hegemonie der *île de France* zu protestieren. Emmanuel Todd und Hervé Le Bras schließlich erkennen einen Zusammenhang zwischen der regionalen Verbreitung bestimmter Familienformen und politischen Orientierungen: Dort, wo die erweiterte Familie mit einem System der freien Wahl des Ehepartners, die „*famille communautaire*“, überwiege, sei auch die Linke am erfolgreichsten (1981: 333 ff.).

Diese Zusammenstellung einiger Erklärungsskizzen, die sich mühelos fortsetzen ließe, zeigt deutlich: In dem Augenblick, in dem man die Ebene abstrakter Allgemeinheiten verläßt, wird man mit einer verwirrenden Fülle von Deutungen und Befunden zum Phänomen des politischen Regionalismus konfrontiert, die für sich genommen durchaus plausibel sein mögen, aber spä-

testens in dem Augenblick zu Ungereimtheiten, ja massiven Widersprüchen führen, in dem man raum-zeitliche Begrenzungen überschreitet. Man nehme nur das Argument des kulturellen Regionalismus, der sich in Südfrankreich in einer linken, in der Bretagne in einer rechten Vertretung politisch manifestiert haben müßte. Auch bleibt ungewiß, welche Mechanismen in manchen Regionen die kollektiven Erinnerungen an längst vergangene Ereignisse und Zustände überdauern ließen und deren „Übersetzung“ in aktuelle politische Orientierungen bewirkten, in anderen aber kollektives Vergessen begünstigten. Solche Ungewißheiten und Widersprüche verlangen nach empirischer Klärung – ich selbst habe mich auf diesem Feld mit einer Analyse der regionalen Grundlagen politischer Repräsentation in der Assemblée nationale Constituante von 1848 versucht. Angeregt haben mich dabei die Arbeiten des um die Jahrhundertwende wirkenden Historikers Charles Seignobos, der bei Soziologen als Widerpart Emile Dürkheims wenig beliebt ist. Dennoch: Seignobos hat in seinen Analysen des politischen Regionalismus in Frankreich eine bemerkenswerte Deutung geliefert, die Argumente der Geographie électorale André Siegfrieds verallgemeinerte und im Kern auch in neueren Analysen wie denen von Brustein, Le Goff und Barral enthalten ist (1924-1926).

Zeitgenössischen Beobachtern folgend vermutete Seignobos die Ursprünge der politischen Topographie Frankreichs vor allem in regionalen Unterschieden der Agrarstruktur. Sein Ansatzpunkt war die Beobachtung, daß die Rechte in den Gebieten des Großgrundbesitzes und der (Halb-)Pacht dominierte, die Linke aber in den Regionen, in denen selbständig wirtschaftende Kleinbesitzer, die „Parzellenbauern“, überwogen. Balzac hat diesen Gegensatz literarisch zugescharft in den „Paysans“ dargestellt: auf der einen Seite die Welt der landhungrigen Kleinbauern, in idealisierter Weise verkörpert durch die Figur des alten Winzers und ehemaligen Jakobiners Niseran, auf der anderen Seite die ideale Welt der Großgrundbesitzer: „Ein Schloß mit Park, von Mauern umgeben, wo niemand eindringen kann, zu dem Pachtgüter gehören, deren Pächter angefahren kommen und die Pacht in Kassenscheinen bezahlen, und nicht ein einziges Mal im Jahr wird man einen Prozeß anstrengen müssen“ (Balzac 1961: 47). Das ist der Gegensatz zwischen einem konservativen Frankreich des platten Landes und einem gauchistischen Frankreich der Dörfer und kleinen Landstädte. Den Mechanismus, der den Zusammenhang zwischen Region und Politik bewirkte, vermutete Seignobos wie André Siegfried in Einflüssen des sozialen Milieus: Während in der „France des campagnes“ die soziale Hierarchie der ländlichen Lebenswelt durch die häufig adeligen Großgrundbesitzer mit einer konservativen Grundhaltung dominiert worden sei, habe in der „France des Villages“ kein spezifischer Einfluß eine bestimmte politische Orientierung begünstigt. Maurice Agulhon faßte bündig zusammen „Un peut devenir rouge parce-qu'on est indépendant“ (1973: 166). In dieses Argument läßt sich mit dem katholischen Klerus auch der zweite „spirituelle“ Faktor einfügen, der nach Seignobos die politische Färbung von Regionen beeinflusste.

Die Argumente Seignobos' ließen sich für die Zweite Republik auf einer breiten empirischen Grundlage überprüfen. Auf eine ausführliche Darstellung technischer Aspekte soll hier verzichtet werden; sie findet sich in einer kürzlich veröffentlichten längeren Abhandlung (vgl. Best 1990: 417-426). Hier also nur einige Stichworte. Die Hauptquelle meiner Regionaldaten bildete die *Statistique de la France*, die 1851 und 1852, also am Ende der Zweiten Republik, eine allgemeine Gewerbe- und Volkszählung und eine Erhebung der landwirtschaftlichen Betriebe durchführte. Ältere Statistiken, wie etwa die Erfassung der unter dem zensitären Regime Wahlberechtigten in den letzten Jahren der Julimonarchie, ergänzen diese Daten. Als Analyseverfahren habe ich die schrittweise multiple Regression eingesetzt, die Merkmale nach dem Kriterium ihres Erklärungsbeitrags zu einer abhängigen Variablen, hier: dem Anteil rechter Abgeordneter an den Delegationen der Departements, auswählt und gewichtet. Untersuchungseinheiten sind die Departements, die bei den Wahlen zur *Assemblée nationale constituante* auch die Wahlkreise waren. Der Nachteil der hohen inneren Heterogenität dieser territorialen Einheiten wird also dadurch kompensiert, daß sie den politischen Rahmen für die Auswahl der parlamentarischen Führungsgruppen der Zweiten Republik setzten

Die Ergebnisse unterstützen in ihrer Tendenz Seignobos' Thesen Bestimmend für die politische Färbung der Departements sind die Indikatoren zur Größenverteilung der Betriebe und den Besitzverhältnissen in der Landwirtschaft, während die Gewerbestruktur kaum Einfluß hatte. Allerdings ist eine Erklärung unvollständig, die nur die Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft berücksichtigt. Ähnlich wichtig war die Siedlungsstruktur. Die Bevölkerungsdichte allein erreicht annähernd den gesamten Erklärungsbeitrag der verschiedenen Indikatoren zur Agrarstruktur. Der Anteil linker Abgeordneter wuchs mit zunehmender Bevölkerungsdichte, dies übrigens unabhängig von dem Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung. Hier vermute ich im Anschluß an Argumente, die sich bis auf Emile Durkheim zurückverfolgen lassen, daß eine wachsende Bevölkerungsdichte zunehmende soziale Differenzierung und weitläufigere Kommunikationsketten bewirkte, die wiederum patrimoniale Bindungen und Loyalitäten gegenüber den traditionellen Autoritäten schwächten. Dies war dann ein soziales Milieu, das eine am Verfassungsideal der partizipatorischen Demokratie orientierte „linke“ Repräsentation begünstigte. Doch auch nach einer solchen Erweiterung des Erklärungsansatzes gilt, daß sich die Ergebnisse der Regionaldatenanalysen gut mit Seignobos' Interpretationen der französischen Wahlgeographie vereinbaren lassen – auch wenn man vorsichtig gegenüber den Schlußfolgerungen von Andre Siegfried und Ernest Labrousse sein sollte, die von einer „demokratischen Option“ der Landbevölkerung sprachen (Labrousse 1975:180).

William Brustein hat jüngst den Zusammenhang zwischen kleinteiligem Landbesitz, Marktorientierung der Agrarproduzenten, hoher Siedlungsdichte und linker politischer Repräsentation noch in den Wahlen von 1981 nachwei-

sen können (1988). Auch wenn Brustein in seiner Erklärung die individuellen Interessenkalküle der einzelnen Wähler in den Vordergrund rückt, während Seignobos ja eher auf die Mechanismen sozialer Kontrolle in der ländlichen Lebenswelt verwies, zeichnet sich hier eine plausible, empirisch gut bestätigte und über lange Zeiträume hinweg tragfähige Interpretation des politischen Regionalismus in Frankreich ab. Ist die politische Region nach alledem also eine Sphinx ohne Geheimnis? Auch wenn es ein Vorzug von Erklärungen sein mag, einfach zu sein, wäre es doch etwas ernüchternd, wenn sich das subtile und vielfacettige Konzept der politischen Region auf einen spröden interessen-theoretischen Kern einschmelzen ließe. Vor allem aber würde jenen genuin historischen Deutungen die Grundlage entzogen, in denen regionale Identitäten die Sedimente verbindender Ereignisse und Erfahrungen in der Vergangenheit sind.

Eine weitgehend veränderte Szene eröffnet sich, wenn man den institutionellen Aspekt in die Analysen einführt. Ein zweiter Argumentationsstrang führt ja die politischen Regionen in Frankreich auf Sonderlagen zurück, die im Verlauf der Expansion des französischen Staatsgebietes während des Ancien régime entstanden und im Prozeß nationaler Integration politisiert worden waren. Die historischen Konfliktkonstellationen zum Zeitpunkt der Formierung der regionalen Oppositionen gegen zentralstaatliche Nivellierung und Mediatisierung hätten dann bestimmt, welches der beiden politischen Lager bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts begünstigt wurde (Best 1990: 422).

Auch diese Annahmen lassen sich mit den Instrumenten der historischen Sozialforschung empirisch überprüfen. So können Daten über den politisch-administrativen Status von Regionen während des Ancien régimes in die Analysen eingeführt werden. Die Berücksichtigung solcher Aspekte wird dadurch erleichtert, daß in der Form der alten Provinzialstände bis 1789 ein Territorialstatus fortbestanden hatte, in dem sich verschiedene Prärogativen und Sonderlagen überschneiden. In den 17 „Pays d'état“ etwa nahmen die Stände bis zum Ende des Ancien régimes neben einigen allgemeinen Verwaltungsaufgaben Rechte der Steuerbewilligung und Steuerpartition wahr. Hinzu kamen Besonderheiten der Gerichtsverfassung in diesen Regionen (Goubert und Roche 1984, Bd. 1: 257-270; Mousnier 1980, Bd. 1: 257-270). Andere historische Wurzeln und andere Kompetenzen hatten die ständischen Vertretungskörperschaften in jenen Territorien, die Frankreich seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert vom Deutschen Reich und von Spanien gewonnen hatte. Die betroffenen – oder besser: begünstigten Provinzen – lagen wie ein Gürtel um das Kerngebiet des alten Königreichs. Es ist ein wichtiger Umstand, daß dies zugleich jene Gebiete Frankreichs waren, in denen regionale kulturelle Traditionen – bis hin zur Eigensprachigkeit – fortbestanden (de Planhol 1988:144-391).

Die Prägekraft institutioneller Traditionen zeigt sich deutlich in unseren Daten, wenn man den Bestand provinzialständischer Vertretungen bis 1789 einbe-

zieht. Ihr Erklärungsbeitrag steht an zweiter Stelle hinter der Bevölkerungsdichte; nach Ausschluß der bretonischen Departements, die ihre „rechte“ politische Prägung erst im Konflikt mit dem Zentralismus und Laizismus der Jakobinerherrschaft erhalten hatten, übersteigt er sogar den aller anderen Erklärungsfaktoren, wobei eine provinzialständische Tradition im Ancien régime 1848 tendenziell mit einer linken Repräsentation einherging.

Über die Mechanismen, die zwischen den obsoleten Institutionen des Ancien régime und der Geographie politischer Repräsentation im Jahre 1848 vermittelten, brauchen wir nicht mehr nur zu mutmaßen. Es spricht vieles dafür, die regionalen Führungsgruppen als die Übermittler anzusehen. Paul Bois (1960) und Untersuchungen im Umkreis von Michel Vovelle (1987) haben etwa gezeigt, daß „weiße“ und „rote“ Notablen-Dynastien über Generationen hinweg politische Klientele an sich zu binden vermochten. Sie bestätigten, was auch die Sozialgeschichte der intermediären Eliten Frankreichs vielfach erweist: eine außerordentliche Stabilität über die verschiedenen Regimewechsel hinweg. Das gilt selbst für die Zäsur des Februar 1848, die ja die Barrieren eines extremen Zensuswahlrechts niederriß: Fast 84 % der erwachsenen männlichen Bevölkerung Frankreichs beteiligte sich dann an der Wahl der Konstituante. Dennoch waren rund zwei Drittel ihrer Abgeordneten Beamte oder politische Funktionsträger der Julimonarchie gewesen, gehörten etwa drei Viertel zum „Pays légal“ des zensitären Regimes, also zu jenen 0,13% der Bevölkerung, die vor der Februarrevolution bereits das Wahlrecht besessen hatten (Best 1984). Die etablierten sozialen Hierarchien und die Netzwerke der Notablenherrschaft setzten sehr zum Leidwesen der radikalen Republikaner die egalitären Mechanismen des allgemeinen Wahlrechts außer Kraft. Lokale Abhängigkeiten und Orientierungen blieben politisch handlungsprägend, obwohl die provisorische Regierung in Paris versucht hatte, den „Lokalismus“ in der Politik zu bekämpfen – etwa durch die Einführung eines direkten Listenwahlverfahrens auf der Ebene der Departements. Doch erweist sich auch an dieser Wahl, daß eine hohe Wahlbeteiligung nicht notwendig Ausdruck eines hohen Politisierungsgrades der Bevölkerung sein muß. Analog hat Franco Andreucci für das Königreich Italien im ausgehenden 19. Jahrhundert zeigen können, daß gerade in den rückständigsten ländlichen Gebieten die Wahlbeteiligung höher als in den Städten war (Andreucci 1989: 308, Fig. 3); für Modernisierungstheoretiker, die die Wahlbeteiligung gerne zum Indikator für politische Modernisierung wählen, sind das unerfreuliche Ergebnisse.

Wie konnte es aber gelingen, die sozialen Zusammenhänge und Autoritätsordnungen lokaler Milieus in politisch konformes Verhalten zu übersetzen, obwohl doch die geheime Wahl formal die Atomisierung und Ideologisierung politischer Beteiligung begünstigte? In welcher Weise die demokratischen Praktiken durch eine traditionell auf Kirche und Schloß ausgerichtete ländliche Lebenswelt überformt wurden, illustriert für mich am eindrucksvollsten Alexis de Tocquevilles Schilderung der Aprilwahl des Jahres 1848 in seiner norman-

nischen Heimat: Die männlichen Bewohner des Sprengels Tocqueville zogen vereint zum Hauptort des Kantons, um dort, nach der väterlichen Mahnung des Schloßherrn, „sich nicht von Leuten, die sie irreleiten wollten, ansprechen oder ablenken zu lassen“, gemeinsam die Stimme abzugeben (1954: 151). Dies ist ein Vorgang, der sich nach anderen Berichten 1848 in Frankreich in ähnlicher Form vielfach wiederholte (Huard 1991: 44-60, 286-298).

Nicht immer waren jedoch die Formen der Wahlbeeinflussung von Tocquevilles seigneuraler Zurückhaltung. Ansatzpunkte für unmittelbare soziale Kontrolle durch lokale Machttäger bot die bis ins 20. Jahrhundert hinein eher laxe Handhabung des Wahlgeheimnisses, die es etwa den Kandidaten überließ, die Stimmzettel mit ihren Namen zu drucken und zu verteilen. So vollzogen sich die „Wahlen“ in Korsika dann auch häufig vor der Tür des Wahllokals, an der die Wähler in demonstrativer Weise nur jene Stimmzettel akzeptierten, die die Namen der von den Chefs der Clans designierten Kandidaten trugen. Dies war aber keine Besonderheit Korsikas, wo der Wahlbetrug ja bis heute zur Folklore gehört; auch am anderen Ende Frankreichs, im Departement Morbihan stimmten die Bauern noch 1903 mit gekennzeichneten Stimmzetteln, geschlossen nach Weilern und unter Anleitung ihrer lokalen Notablen ab. Doch läßt sich das, was die historische Wahlforschung in Frankreich das Prinzip der Einstimmigkeit nennt, das heißt: die mehr oder weniger einheitliche Stimmabgabe in kleinen lokalen Gemeinschaften, nicht nur auf solche irregulären Praktiken zurückführen. Sie waren nur ein Instrument in einem ganzen Orchester von Mitteln der Wahlbeeinflussung, die von der Ermahnung von der Kanzel herab, über Libitationen bei dörflichen Festen bis zur Gewährung persönlicher Dienste reichte (Huard 1991).

Allgemein gilt: neben und im rationalen Gehäuse des französischen Staates erhielt sich ein archaisches System von persönlichen Abhängigkeiten und Loyalitäten, in dem sich bald auch die Linke einzurichten wußte und das gegenüber wechselnden Verfassungsordnungen weitgehend indifferent war (Best 1990: 466 f.). Es war dies das französische Äquivalent der sozialmoralischen Milieus des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Beides waren Domestikationsformen des allgemeinen Wahlrechts, die Wählerbindungen stärkten, das Wahlverhalten stabilisierten und die Elitenzirkulation verminderten. Doch gab es einen bedeutsamen Unterschied: Während in Deutschland die politische Mobilisierung von Klassen und Gesinnungsgemeinschaften schon früh die Ausbildung organisierter Parteien begünstigte, blieben in Frankreich informelle Netzwerke lokaler Notabler und persönliche Beziehungen zwischen Wählern und Gewählten lange bestimmend. Diese Struktur erklärt nicht nur die späte Entstehung organisierter Massenparteien in Frankreich, sondern paradoxerweise auch den Fall sonst stabiler Hochburgen. So wechselte, um nur ein Beispiel unter vielen zu nennen, Jacques Doriot, Bürgermeister und Abgeordneter von Saint Denis, in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts von den Kommunisten zum faschistischen Parti Populaire Français, wobei ihm seine Wähler folgten,

die dann nach 1944 und der Erschießung Doriots wieder zu den Kommunisten zurückkehrten.

Wendet man sich wieder der Zweiten Republik zu, dann macht es der unpolitische – oder besser: vopolitische – Charakter des Klientelismus verständlich, warum die überwiegende Linkstendenz der Departements mit provinzialständischer Tradition und eigener kultureller Identität kein Ausdruck einer expliziten Opposition der Peripherie gegen den Zentralstaat war. Tatsächlich waren ja gerade die Demokraten bestrebt, die Zentrale mit machtvollen Institutionen auszustatten. Die Erhaltung oder gar die Förderung regionaler Besonderheiten widersprach dem Egalitarismus der in der jakobinischen Tradition stehenden Linken, ihre Begründung hatte eine verdächtige Nähe zum Organizismus konservativer Ideologien (Bastid 1945, B. 1: 72-74; Flory 1966: 36-39). Demgegenüber waren es eher Konservative, wie etwa Alexis de Tocqueville, die 1848 die Stellung der regionalen und lokalen Vertretungskörperschaften als „forces intermédiaires“ zwischen Individuum und Staatsgewalt stärken wollten. Wir beobachten also die paradox wirkende Situation, daß aus dem Gürtel jener Provinzen, die während des Ancien régime Restbestände administrativer Autonomie und kultureller Identität bewahrt hatten, bevorzugt solche Abgeordnete in die Nationalversammlung einrückten, die eine zentralistische Konzeption des Staates favorisierten. Nur vereinzelte Frühsozialisten, wie etwa Pierre-Josef Proudhon, vertraten „föderalistische“ Konzeptionen einer Auflösung des Zentralstaats, während die heute vertraute Verbindung zwischen der Linken und den regionalistischen Oppositionen erst seit den 70er Jahren unseres Jahrhunderts besteht und wenig stabil ist (Riemenschneider 1985). Doch schon zuvor charakterisierte es Regionalkonflikte, daß sich ihnen unterschiedliche ideologische und politische Loyalitäten anheften ließen. Politische Unterschiede zwischen Regionen bestanden fort, obwohl die ihnen unterliegenden institutionellen und kulturellen Differenzen längst verschwunden oder keine politisch kontroversen Themen mehr waren. Auf der Ebene der intermediären Eliten „for“ die räumliche Verteilung der politischen Lager gewissermaßen ein und überdauerte abgelöst von den ursprünglichen Konfliktlagen.

Ein wichtiger Grund für die Dauerhaftigkeit dieser Strukturen gerade in den peripheren Regionen Frankreichs lag darin, daß die Notablen hier bis in das 20. Jahrhundert hinein auch kulturelle Mittler zwischen dem Zentralstaat und einer nicht-frankophonen Bevölkerung waren. Eugen Weber (1983) hat darauf hingewiesen, daß noch 1863 in einem Drittel der Departements die Bevölkerung überwiegend nicht französisch sprach – eine kulturelle Vielfalt, die durch die in Frankreich späte Verwirklichung der allgemeinen Schulpflicht konserviert wurde. So wird verständlich, warum in der politischen Topographie Frankreichs des Jahres 1848 kein aktueller Zentrum-Peripherie Konflikt aufscheint, sondern die vielfach gebrochene Reflexion vergangener Konstellationen, ohne unmittelbaren Bezug auf die politischen Programme und Positionen in der Nationalversammlung. Insofern war der politische Regionalismus Frankreichs

in zweierlei Hinsicht ein Erbe des Ancien régime: zum einen seiner Agrarstruktur – die in Nord- und Westfrankreich in der Form großer Güterkomplexe in häufig adeligem Besitz überdauert hatte – zum anderen seiner politisch-administrativen Ordnung, der es nur unvollständig gelungen war, die institutionelle und kulturelle Vielfalt des alten Frankreich zu nivellieren. Andererseits ist der heutige „ethnische Regionalismus“ in den peripheren Regionen Frankreichs ein Kind der Moderne, erklärbar durch den Verfall der traditionellen Autoritätsordnungen und Kommunikationsweisen im Frankreich der Notablen.

3. Der Fall Deutschland: die wechselnden sozialkulturellen Grundlagen

In Deutschland steht die Untersuchung regionaler Disparitäten über lange Zeiträume hinweg vor schwerwiegenden Problemen des Datenzugangs und der Stabilität von Untersuchungseinheiten. Während in Frankreich die territoriale Binnengliederung in Départements seit zweihundert Jahren im wesentlichen unverändert blieb und die „Statistique de la France“ ein reiches Angebot an Regionaldaten bereitstellt, durchlief Deutschland seit den Revolutionskriegen eine Reihe „territorialer Flurbereinigungen“, in der die überkomplexe Gliederung des Alten Reiches in eine rationalere Ordnung überführt wurde, wobei sich der Zuschnitt der äußeren Grenzen mehrfach dramatisch änderte. Eine flächendeckend amtliche Statistik etablierte sich nach Vorläufern in der Zollvereinsstatistik erst mit der Gründung des Deutschen Reiches (Kaufhold 1974: 707-719). Diese Ausgangslage erschwert die Bildung langer Zeitreihen auf höherer räumlicher Aggregatebene, doch eröffnet andererseits gerade die Instabilität der politisch-staatlichen Ordnungen im deutschsprachigen Mitteleuropa wichtige Forschungsmöglichkeiten, etwa im Hinblick auf die Folgen wechselnder Staatsloyalitäten für die räumliche Differenzierung politischer Orientierungen und – umgekehrt – auf die Konsequenzen der territorialen Begrenzung von Loyalitäten und sozialen Kommunikationskreisen für die Reichweite und Konsolidierung von Staatsbildungen. Da ich Daten und Deutungen zu diesem Thema ausführlich in einem kürzlich erschienenen Aufsatz dargelegt habe, kann ich mich hier auf eine knappe Skizze beschränken, die lediglich dem Vergleich Kontur und Tiefenschärfe geben soll (Best 1991a: 39-64).

Die politische Konfliktkonstellation des Jahres 1848 ähnelte in Deutschland in wesentlichen Zügen der in Frankreich: die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung hatten eine parlamentarische Vertretung hervorgebracht, in der sich nach einigen Ruktationen bald ein „linker“ und ein „rechter“ Hügel gegenüberstanden (Best 1991b: 107-121). Die beiden politischen Konfliktgruppen konzentrierten sich auf regionale Hochburgen, bei deren Formierung wie in Frankreich sozioökonomische mit politisch-institutionellen Faktoren zusammenwirkten. Die geographische Verteilung der politischen Lager war 1848 in Deutschland unvermutet einfach – unvermutet, angesichts der Tradition territo-

rialer Parzellierung und der vielfältigen Sonderschicksale seiner Regionen. Die Linke hatte ihre Hochburgen in einem geographisch zusammenhängenden Gürtel, der sich von Südwestdeutschland über das Großherzogtum und das Kurfürstentum Hessen, die thüringischen Staaten, das Königreich Sachsen und Böhmen bis nach österreichisch-Schlesien erstreckte. 87% der Abgeordneten gehörten hier der Linken an; 46% der Abgeordneten der Linken waren in diesen Regionen gewählt worden, obwohl sie insgesamt nur 23% der Vertreter in die Paulskirche entsandt hatten. Dieses Gebiet wurde gewissermaßen eingeklemt durch die Hochburgen der Rechten: das ostelbische Altpreußen im Nordosten, Altbayern und die deutsch-österreichischen Kernlande im Süden und Südosten. An den Säumen der Kerngebiete des rechten und des linken Lagers gab es Zonen der Überlappung: Schlesien und die neubayerischen Regierungsbezirke Schwaben und Unterfranken. Inhomogen waren auch die parlamentarischen Vertretungen der Rheinprovinz, des überwiegenden Teils der norddeutschen Klein- und Mittelstaaten und Tirols. Was wir hier beobachten, läßt sich am besten als eine „sektionale Spaltung“ beschreiben – analog der Situation, für die dieser Begriff ursprünglich gebraucht wurde: dem Konflikt zwischen den amerikanischen Nord- und Südstaaten im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts (Thomas 1984). Die Analogie trägt übrigens bis zur militärischen „Lösung“ des Territorialkonflikts: Preußisches und österreichisches Militär intervenierte zwischen 1849 und 1850 in fast allen Gebieten des Gürtel linker Repräsentation; in Sachsen, der Rheinpfalz und in Baden nahm der Konflikt die Formen eines Bürgerkriegs an.

Kartenbilder und Korrelationen geben allerdings keinen Aufschluß über den modus operandi, der zwischen den Eigenschaften der vertretenen Regionen und den politischen Orientierungen der Abgeordneten vermittelte. Dazu bedarf es eines zusätzlichen Erklärungsschrittes. Er führt auf unsicheres Gelände, da in Ermangelung einer flächendeckenden Wirtschafts- und Sozialstatistik für den Deutschen Bund kein systematischer Test mit den Instrumenten ökologischer Datenanalyse durchgeführt werden kann – wie etwa im Fall Frankreichs. So bleibt man auf die Verfahren einer „historisch informierten“ Deutung des Kartenbildes in den Traditionen der französischen „géographie électorale“ verwiesen, wobei man sich im Hinblick auf die Wirkung politischinstitutioneller Faktoren immerhin auf die eindeutige Evidenz von Veränderungen des Gebietsstandes und die Daten von Verfassungssetzungen stützen kann.

Prozesse institutioneller Differenzierung der politischen Systeme, wie sie mit der Verfassungsentwicklung verbunden waren, und vor allem die territorialen Veränderungen im Vollzug der Staatsbildungen auf dem Gebiet des Deutschen Bundes hatten tatsächlich einen erkennbaren Einfluß auf die Formierung politischer Regionen. Nur in den Kernzonen ihrer Territorien besaßen ja die deutschen Dynastien um die Mitte des 19. Jahrhunderts in das Mittelalter zurückreichende Herrschaftsrechte. Dagegen hatten sich die Einzelstaaten überwiegend erst im Gefolge der napoleonischen Kriege durch die Säkularisierung

der geistlichen Territorien und die Mediatisierung kleinerer Reichsstände arrondiert. Der Wiener Kongreß hatte lediglich manche Territorien erneut, und nun zum Vorteil der Sieger in den napoleonischen Kriegen umverteilt und die veränderte Situation sanktioniert. So waren beispielsweise rund die Hälfte des bayerischen, württembergischen und großherzoglich-hessischen, in Baden sogar zwei Drittel des Staatsgebiets erst zwischen dem Reichsdeputationshauptschluß (1803) und dem Wiener Kongreß (1815) angegliedert worden. Wilhelm Heinrich Riehl nannte diese Gebilde in seinem 1853 erschienenen Buch „Land und Leute“ herabsetzend „Zufallsstaaten“ (vgl. Schieder 1962: 14).

1848 lebte ein großer Teil der Bevölkerung des Deutschen Bundes also in neu erworbenen Gebieten, die erst seit einer Generation unter der Herrschaft von ihnen keineswegs „angestammten“ Dynastien standen. War die Angliederung in den absorbierten Territorien mit wirtschaftlichem Rückgang, Einschränkung von Partizipationsrechten, erhöhtem Steuerdruck, geringeren Chancen auf die Übernahme von Staatsämtern oder Veränderungen geltender Rechtskodifikationen verbunden, provozierte dies Opposition. Sie war tendenziell „links“, weil sie sich gegen die bestehende Staatlichkeit und deren Exponenten richtete. So sah dann auch der konservative Riehl in den „Zufallsstaaten“ des deutschen Südwestens den „krankhaft erregtesten, in sich zerrissensten Teil unseres Vaterlandes“, wo „die immer noch fortschreitende soziale Zersetzung“ ihren eigentlichen Herd gefunden habe. Andererseits waren, wie sich noch im Verlauf der napoleonischen Kriege gezeigt hatte, in den alten Kerngebieten der Einzelstaaten die Bindungen an die Dynastien eine Quelle von Loyalität und Observanz geblieben. Es läßt sich zeigen, daß diese territorialen Sonderlagen durch persönliche Bindungen der Abgeordneten, Wiederwahlkalküle und direkte Einflußnahme aus dem Elektorat auf die politischen Orientierungen der Abgeordneten einwirkten.

Markant ist dann auch die Bildung regionaler Schwerpunkte rechter Repräsentation in den Kerngebieten der drei großen deutschen Einzelstaaten: Altbayern, Altpreußen und den deutschen Erblanden der Habsburgermonarchie. Mit einigen Einschränkungen kann auch die Provinz Westfalen, die zu großen Teilen schon seit dem 17. und 18. Jahrhundert zu Preußen gehört hatte, als Altbesitz gelten. Die Hochburgen linker Repräsentation befanden sich dagegen überwiegend in solchen Regionen, die nach 1789 besonders stark von Grenzverschiebungen betroffen waren oder in denen – wie im Fall der thüringischen Staaten – die hochparzellierte Territorialstruktur des Alten Reiches überdauert hatte. Auch die im Vergleich zu den Kerngebieten der beiden deutschen Großstaaten und Bayerns stärkere Vertretung der Linken in Böhmen und Mähren, der Rheinprovinz, Schlesiens und den bayerischen Neuerwerbungen, läßt sich im Rahmen eines institutionellen Ansatzes aus ihrem Status als „Nebenländer“ der großen deutschen Einzelstaaten erklären. Die Verteidigung regionalspezifischer Rechtstraditionen und Kommunalverfassungen gegen den Nivellierungs-

druck der zentralen Bürokratien, die Abwehr benachteiligender Verwaltungspraktiken und die Vertretung wirtschaftlicher Sonderinteressen waren bevorzugte Ansatzpunkte der bürgerlichen Oppositionsbewegung des Vormärz gewesen. Die Kammern waren wichtige Foren, auf denen diese Anliegen vorgetragen werden konnten, da nach den napoleonischen Kriegen Verfassungen bevorzugt in jenen Einzelstaaten des „Dritten Deutschland“ erlassen worden waren, die besonders großen territorialen Veränderungen unterworfen gewesen waren. Auf diese Weise verstärkte die Verbindung verschiedener institutioneller Determinanten die Hochburgenbildung politischer Lager in Deutschland.

Ein weiterer Vermittlungsmechanismus zwischen Region und Politik setzte an den sozioökonomischen Machtgrundlagen an: In solchen Regionen, in denen die parlamentarische Repräsentation auf einer Machtstruktur aufruhte, in der die Herrschaftsausübung formal oder informell an die Verfügung weniger Einzelner über Grund und Boden gebunden war – typisch also in den Gebieten mit fortdauernder Gutsherrschaft und vom grundbesitzenden Adel beherrschten Regionalvertretungen – vertraten die Abgeordneten eher rechte Positionen, waren am sozialen und politischen Status quo orientiert. Die Linke hatte dagegen – ähnlich wie in Frankreich – ihre Hochburgen in den mit parzellierten Kleinbesitz überbesetzten Realteilungsgebieten Südwest- und Mitteldeutschlands. Letztere waren zugleich die Regionen mit der größten ländlichen Bevölkerungsdichte.

Verdichtet man diese topographischen Betrachtungen und Analysen zu einem Gesamtbild, so zeichnet sich ab, daß die räumliche Verteilung des linken und des rechten Lagers am besten durch das Zusammenwirken von sozialstrukturellen und politisch-institutionellen Einflüssen erklärt werden kann: In den Agrarstrukturen begründete Unterschiede der lokalen und regionalen Machtordnungen und die in Sonderschicksalen von Regionen während des Prozesses der Staatsbildung begründeten Konstellationen der Opposition und Observanz gegenüber den zentralen Machträgern kolorierten die politische Landkarte in den Jahren 1848/49. Die politischen Profile der Regionen wurden in Deutschland durch die Eigenstaatlichkeit der Territorien besonders scharf ausgeprägt.

An diesem Punkt mag es verwundern, daß bislang die Konfessionsspaltung außer Betracht blieb, die seit dem 16. Jahrhundert die territoriale Parzellierung Deutschlands, die scharfe, oft feindliche Abgrenzung historisch-politischer Regionen förderte. Tatsächlich wirkten konfessionelle Gesichtspunkte kaum auf den rechts-links Gegensatz ein, den wir als die dominante Konfliktfront in der Frankfurter Nationalversammlung erkannt hatten. Beide Lager waren konfessionell heterogen (Best 1990: 391-394). Dieses Bild konfessioneller Indifferenz ändert sich jedoch, wenn wir eine zweite Konfliktdimension einbeziehen: Ab dem Januar 1849 führte die Frage der territorialen Ausdehnung eines künftigen deutschen Nationalstaats zu einer Neuformierung der Konfliktgruppen. Oberflächlich betrachtet war dies eine Verlängerung machtsstaatlicher Rivalität.

ten in das Parlament: Die Frage war hier, welcher der beiden Hegemonialmächte des Deutschen Bundes – Österreich oder Preußen – die Führungsrolle in einem Deutschen Reich zufallen sollte.

Unsere besondere Aufmerksamkeit wird jedoch durch den Umstand geweckt, daß uns hier die erste parlamentarische Äußerung des Konfessionskonflikts begegnet, der auf lange Zeit das deutsche Parteiensystem prägte und bis heute im Wahlverhalten untergründig fortwirkt. Dies war eine unter den Zeitgenossen verbreitete Deutung, die auch von heutigen Historikern geteilt wird:

Der preußisch-österreichische Dualismus ... war zwar wesentlich ein Kampf zweier Mächte um die Hegemonie in Deutschland; darüberhinaus ist er aber immer wieder als Kampf des evangelischen gegen das katholische Deutschland, des rationalistischen und modernen Nordens gegen den barocken und rückständigen Süden, der deutschen gegen eine verfremdete Kultur, der geistigen Freiheit gegen den Autoritarismus ... interpretiert worden (Lill 1984: 29-48).

Danach belastete und bestimmte die konfessionelle Spaltung Deutschlands seit dem 16. Jahrhundert auch den Prozeß der Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert. In einer an die Konstellationen des 30jährigen Krieges gemahnenden Weise treten Österreich als die „Schutzmacht des Katholizismus“ und Preußen als virtuelle Vormacht eines „evangelischen Kaisertums“ des neuen Reiches auf.

Die Bedeutung konfessioneller Loyalitäten für die Regionalisierung politischer Konflikte unterstreicht wieder die Betrachtung der Topographie des großdeutschen und des kleindeutschen Lagers in der Frankfurter Nationalversammlung. Das resultierende Kartenbild ist auf eine beeindruckende Weise eindeutig. Das ostelbische Preußen, die Provinz Westfalen, die norddeutschen, der überwiegende Teil der mitteldeutschen und alle norddeutschen Klein- und Mittelstaaten erscheinen als ein flächendeckend kleindeutscher Block, dem mit den süddeutschen Klein- und Mittelstaaten, Österreich und Altbayern ein ebenso geschlossener Block überwiegend großdeutscher Repräsentation gegenüberstand. Die Mainlinie und die preußische Südgrenze teilten beide Lager. Es ist eine bezeichnende Marginalie, daß im Fall des Großherzogtums Hessen, dessen Territorium auf beiden Seiten des Mains gelegen war, die Abgeordneten aus der nördlichen Landeshälfte eher kleindeutsch, die aus der südlichen eher großdeutsch votierten. Wieder erweist sich also die territoriale Differenzierung als eine sektionale Spaltung. Auch die Grenze zwischen den überwiegend großdeutschen und den überwiegend kleindeutschen Territorien wurde 1866 wieder zur Frontlinie eines militärischen Konflikts.

Die in den Revolutionsjahren einsetzende Konfessionalisierung politischen Konfliktstrukturen wurde nach 1849 zum wichtigsten Kristallisationspunkt von Wählerbindungen und Parteibildungen, wobei die politische Topographie Deutschlands weitaus größeren Veränderungen als jene Frankreichs unterlag,

selbst wenn man nur die Zeit und das Territorium staatlicher Einheit Kleindeutschlands überblickt. Dabei mag es auf den ersten Blick als paradox erscheinen, daß in Deutschland der Wandel gerade von jenem Element der Territorialstruktur ausging, in dem neben dem einzelstaatlichen Partikularismus Traditionen des Alten Reiches bis in das 19. Jahrhundert überlebt hatten (vgl. Best 1991a).

Während die Rechtstendenz der Abgeordneten aus dem ostelbischen Preußen bis zum Ende der Weimarer Republik eine Konstante bildete, wenn man die Großregion Berlin ausklammert, und auch das „rote“ Sachsen, in dem die Sozialdemokratie die Tradition der sächsischen Demokraten von 1848/49 fortsetzte, seine politische Identität bis zum Ende der Weimarer Republik behielt, vollzogen sich in den südwestdeutschen Einzelstaaten die größten Veränderungen. Hier erodierte die Hochburgen, die die Linke im Vormärz und in den Jahren 1848/49 behauptet hatte, während sie im Norden Deutschlands ihre Stellung verstärkte. Es ist naheliegend, aber nur zum Teil berechtigt, diese Veränderungen der Nivellierung oder Neubildung territorialer Unterschiede infolge sozioökonomischen Wandels zuzuschreiben. Entscheidend war die Formierung des politischen Katholizismus zur Massenpartei, die vor allem in West- und Südwestdeutschland einen erheblichen Anteil des vormals linksliberalen und demokratischen Territoriums besetzte. In den altbayerischen Kerngebieten östlich des Lech und südlich des Main vollzog sich eine vergleichbare Entwicklung, nur daß hier der rechte Hügel des Liberalismus betroffen war.

Auch die Veränderung staatlicher Grenzen bewirkte eine Neuformierung politischer Konfliktgruppen auf der Basis territorial gebundener Loyalitäten. So bildeten sich in den nach 1866 von Preußen annektierten Gebieten Regionalparteien und formierte sich in Süddeutschland eine „partikularistische“ Opposition mit ausgeprägter antiborussischer Tendenz. Zusammen mit den Vertretern ethnisch-kultureller Minoritäten erreichten diese Gruppen im Reichstag von 1881 einen Anteil von bis zu 14% der Sitze.

Das einfache Schema des links-rechts Gegensatzes reicht offenbar nicht aus, um die politische Konfliktstruktur im Deutschland des 19. Jahrhunderts angemessen zu beschreiben. De durch den links-rechts Konflikt und den großdeutsch-kleindeutschen Gegensatz doppelt gebrochene Ausgangskonstellation in der Frankfurter Nationalversammlung wurde nach 1866 in einem multipolaren Parteiensystem institutionalisiert, in dem sich sozioökonomisch und konfessionell bestimmte Konfliktdimensionen überschneiden. Die Etablierung dieses Parteiensystems war mit erheblichen Veränderungen der Parteistärken verbunden, wobei sich bis 1912 als stetige Unterströmung bei einer Fluktuation der Einzelwerte zwei Tendenzen durchsetzten Stimmengewinne für die Sozialdemokratie und die Erosion der liberalen, vor allem der nationalliberalen Wählerbasis. Diese Entwicklung war von einem Wandel der regionalen Verankerung politischer Konfliktgruppen begleitet, nicht aber vom Verschwinden lokal begründeter Solidaritäten und deren Ersetzung durch Allianzen zwischen

Gruppen oder Individuen in ähnlichen Positionen oder mit ähnlichen Wertorientierungen, wie dies manche Theorien politischer Modernisierung mit Staats- und Nationsbildung, sozialer Mobilisierung und wachsender Kommunikation zwischen Regionen verbinden (Flora 1981: 428-431).

So bietet sich im Kaiserreich ein widersprüchliches Bild, das nicht mit den einfachen Annahmen von Integrationstheorien vereinbar ist (Best 1991a: 58, Tab. 3). Während sich etwa die Wählerbasis der Nationalliberalen zwischen 1871 und 1881 zunehmend auf regionale Hochburgen konzentrierte und dann – mit Ausnahme der Wahl von 1890 – auf einem relativ hohen Niveau der Regionalisierung verharrte, wurden die Sozialdemokraten nach 1881 – was die Verankerung ihrer Wählerbasis angeht – zur Nationalpartei par excellence. Eine Tendenz zur Deregalisierung ist auch bei den Linksliberalen erkennbar, während im Fall der Konservativen der Variationskoeffizient zwar fluktuierte, sich aber keine eindeutige Veränderungstendenz durchsetzte. Die Wertreihe des Zentrums zeigt schließlich eine hohe und stabile regionale Konzentration seiner Wählerbasis an. Aggregiert man diese zum Teil gegenläufigen Entwicklungen, veränderte sich der Grad der regionalen Differenzierung politischer Strukturen im Kaiserreich per saldo wenig. Doch verschob sich das Profil der Hochburgenlandschaft und deren Besetzung durch politische Parteien.

Die Novemberrevolution bildete dann eine markante Zäsur, nach der regionale Unterschiede der Verankerung politischer Konfliktgruppen markant abnahmen; eine Tendenz, die sich bis 1933 in einer kontinuierlichen Erosion fortsetzte. Insgesamt war „die Weimarer Hochburgenlandschaft hinsichtlich der parteipolitischen Stärke durch einen deutlichen Abbau ... gekennzeichnet“ (Falter und Bömermann 1989: 118). Dieser Befund widerspricht Einschätzungen, daß in der Weimarer Republik das Parteiensystem die sektionalen Spaltungen einer unvollständig geeinten Nation konserviert habe. Tatsächlich war im Hinblick auf die Regionalisierung wie auf andere Dimensionen politischer Modernisierung die Weimarer Republik „moderner“ als es solche Urteile suggerieren. Dazu hat sicherlich der Übergang von einem territorialen Mehrheitswahlrecht zu einem Verhältniswahlrecht beigetragen und – damit verbunden – die Umformung der Honoratiorenparteien in regionenübergreifende Massenorganisationen. Doch darf der Abbau territorialer Segmentabnen und parochialer Bindungen nicht kurzschlüssig mit einer Stärkung repräsentativer Institutionen gleichgesetzt werden. Darauf verweist die Wirkung der Wahlerfolge der NSDAP, die seit 1930 zu einer Deregalisierung der Konfliktstrukturen im Weimarer Reichstag beitrugen.

Die fortbestehende räumlichen Segregation politischer Konfliktgruppen wurden mehr und mehr zum „Epiphänomen“, zur Ausdrucksform sozioökonomischer und sozialkultureller Disparitäten zwischen Regionen. Dies zeigen die Ergebnisse einer Korrespondenzanalyse der Konfliktstrukturen in den Reichstagen des Kaiserreichs und der Weimarer Republik (Best 1991a: 61,

Tab. 4). Dabei wurde untersucht, inwieweit die politische Konfliktstruktur (erfaßt durch die Fraktionsmitgliedschaft) und sozialkulturelle Cleavages (erfaßt durch die Variablen Beruf, Adel, Region und Konfession) koinzidierten. Der Zeitvergleich erweist, daß konfessionelle Spaltungen im Kaiserreich strukturdominant wurden, während „rein“ regionale Disparitäten noch 1871 bestimmend gewesen waren. Deren Einfluß nahm jedoch bis zum Ende der Weimarer Republik kontinuierlich ab. Die multivariate Analyse präzisiert so die bivariaten Zusammenhänge, die bis 1886 einen Regionalisierungstrend ausgewiesen haben. Offenbar handelte es sich um eine indirekte Beziehung: Weil die Konfessionen auf bestimmte Regionen konzentriert waren, suggeriert die Konfessionalisierung der politischen Konfliktstruktur auch eine Regionalisierung. Tatsächlich war ihr aber die Politisierung der konfessionellen Spaltungen kausal vorgelagert.

In diese Richtung weisen auch die jüngst von S. Immerfall vorgelegten Befunde zur sozialstrukturellen Basis der Parteien im Kaiserreich. Seine Korrelationsanalysen zeigen noch für den relativ spät ansetzenden Zeitraum zwischen 1893 und 1907, daß sich die Parteien „förmlich in die gesellschaftlichen Spannungslinien eingruben – und das nicht nur in die funktionale (ökonomische), sondern auch und besonders ausgeprägt in die kulturelle (religiöse)“ (1989: 56).

Die Umformierung politischer Konfliktgruppen in Repräsentationen sozialkultureller Milieus und die Konsolidierung des nationalen Handlungszusammenhangs unterminierten die Grundlagen für die in älteren konstitutionellen Traditionen und dynastischen Loyalitäten begründeten politischen Regionen, die wir in den Jahren 1848/49 beobachten konnten. Dies bedeutet nicht, daß regionale Unterschiede politischer Orientierungen verschwanden, doch wurden sie immer mehr zu einem Ausdruck sozioökonomischer und sozialkultureller Disparitäten. Diese Entwicklung blieb auch in der Bundesrepublik Deutschland bestimmend: Derek Urwin hat etwa gezeigt, daß eine Kombination der Variablen „Katholikenanteil“ und „Anteil der Industriebeschäftigten“ die regionalen Wahlergebnisse von CDU und SPD weit überwiegend erklärt (1982: 207). Er kam zu dem Schluß, daß für andere Ursachen regionaler Unterschiede wenig Raum bleibe.

Die Nivellierung politischer Regionen in der Bundesrepublik, soweit sie nicht in fortdauernden ökonomischen und kulturellen Disparitäten begründet waren, setzte damit eine Entwicklungslinie fort, die sich bis in das Kaiserreich zurückverfolgen läßt. Hinzu kam als Folge der territorialen Neuordnung Mitteleuropas nach 1945 eine „Vereinfachung“ der politischen Geographie Deutschlands. So wurde das altpreußische Kerngebiet einer „paternalistischen“ Repräsentation, das ja in den Hochburgen der Konservativen und der Deutschnationalen eine Fortsetzung hatte, abgetrennt, während die Bundesrepublik die Hauptbinde des „Dritten Deutschland“ mit seiner frühkonstitutionellen Tradition wurde. Soweit überhaupt noch Residuen dieser fernen Vergangenheit nach-

wirken, gehören sie mit zu den vielen begünstigenden Umständen der west-deutschen Staatsgründung, während die Wiedervereinigung des Jahres 1990 der politischen Landkarte Deutschlands eine neue Grundfarbe hinzugefügt hat, über deren Beständigkeit man heute nur mutmaßen kann.

4. Fazit

Vergleichende Untersuchungen haben neben einem systematischen Anspruch auch ein heuristisches Potential: man hofft auf Entdeckungen, wenn die eine Gesellschaft zur Folie wird, auf der sich die Besonderheiten der anderen abbilden. In unserem Fall war es überraschend und ein Widerspruch zu verbreiteten Lehrmeinungen, die einen säkularen Trend zur Angleichung der europäischen Gesellschaften behaupten (Kaelble 1987), daß sich im Fall Deutschlands und Frankreichs die politischen Konfliktstrukturen und die modi ihrer regionalen Verankerungen über lange Zeiträume hinweg voneinander fortentwickelten. Die sozialen Grundlagen politischer Repräsentation waren in beiden Ländern 1848 einander ähnlicher als 1900 oder 1950.

In der Paulskirche wie in der Assemblée nationale Constituante standen sich eine Rechte und eine Linke gegenüber, die jeweils in ähnlichen Besitz- und Autoritätsstrukturen wurzelten und zugleich in ihrer räumlichen Verteilung lange zurückliegende und teilweise obsolete Konflikte der Staatsbildung reflektierten. In beiden Gesellschaften waren es Netzwerke lokaler Eliten, die traditionelle politische Loyalitäten zu binden und in die Ära der Massenpolitik zu übertragen vermochten. Die Verzweigung der Jahre 1848/49 bildete in Deutschland jedoch zugleich den Ansatzpunkt zu einer „Konfessionalisierung“ der Politik, in der sich die Parteien in soziokulturellen Milieus verankerten und in Agenturen ideeller Interessen mit universalistischen Ansprüchen verwandelten, während die Machtorganisation Frankreichs bis in die Republik hinein viel stärker durch die Transfermechanismen des regionalen Klientelismus und die Bindekraft der Patronage geprägt blieb, bei geringer Kohärenz und Organisationskraft der Parteien. Die theoretische Bedeutung dieser Beobachtungen und Deutungen liegt in der historischen Relativierung des ehrwürdigen Cleavage-Konzepts, nach dem die Parteiensysteme der westlichen Massendemokratien dauerhafte politische Konfliktlinien repräsentieren, die in der Sozialstruktur verankert sind und ideelle Interessen zum Ausdruck bringen.

Die Ablösung des strukturellen Aspekts vom ideologischen Gehalt von Konfliktlagen ist etwa ein Sachverhalt, der sich nur schwer mit zentralen Argumenten dieses Konzepts verbinden läßt (Pappi 1977: 169). Es fehlte beispielsweise eine auf die Region bezogene „Sinnkomponente“, wenn in Frankreich die linken Abgeordneten aus den Mittelmeerdepartements als Befürworter des Zentralstaats auftraten und weit davon entfernt waren, eine „okzitanische“ Opposition zu bilden. Der Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur und der Konfliktstruktur parlamentarischer Führungsgruppen kann demnach offenbar in

zwei Erscheinungsformen auftreten: einmal als expliziter Ausdruck einer Formierung „selbstbewußter“ Gruppen, zum anderen als ein ideologisch undefinierter Bezugspunkt für eine regionale Differenzierung. Diese Unterscheidung mag auch erklären, warum die „implizite“ territoriale Segregation politischer Lager bislang in der Forschung weniger beachtet wurde, während bereits in der zeitgenössischen Publizistik den „expliziten“ sozioökonomischen Interessenkonflikten, die in der Sozialstruktur der parlamentarischen Führungsgruppen nur eine schwache Ausprägung hatten, sehr viel größere Bedeutung zugemessen wurde.

Das Fazit läßt sich mit den Worten J.A. Schumpeters ziehen:

Soziale Strukturen, Typen und Verhaltensweisen sind Münzen, die nicht leicht schmelzen. Sind sie einmal geprägt, so überdauern sie möglicherweise Jahrhunderte, und da verschiedene Strukturen und Typen verschiedene Grade dieser Lebensfähigkeit aufweisen, finden wir beinahe immer, daß das tatsächliche Verhalten der Gruppen und Nationen mehr oder weniger von dem abweicht, was wir erwarten müßten, wenn wir versuchten, es von den vorherrschenden Formen des produktiven Prozesses abzuleiten (1972: 29 f.).

References

- Agulhon, M., 1973 (zuerst 1848): *ou l'apprentissage de la République 1848-1852*. Paris.
- Andreucci, F., 1989: Social Cleavages and the Political System in Late 19th Century Italy. S. 305-313 in: H. Best (Hg.): *Politik und Milieu. Wahl und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich*. St. Katharinea
- Balzac, H., 1961: *Die Bauern*. Reinbek.
- Bastid, P., 1945: *Doctrines et institutions politiques de la Seconde République*. 2 Bände. Paris.
- Bercé, Y.-M., 1974: *Croquants et Nu-Pieds*. Paris.
- Best, H., 1984: Kontinuität und Wandel parlamentarischer Repräsentation im revolutionären Frankreich 1848/49. *Francia* 11:667-680.
- Best, H., 1990: *Die Männer von Bildung und Besitz, Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49*. Düsseldorf.
- Best, H., 1991a: Politische Regionen in Deutschland, Historische (Dis-)Kontinuitäten S. 39-65 in: D. Oberndorfer und K. Schmitt (Hg.): *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin.
- Best, H., 1991b: Die Genese politischer Konfliktstrukturen: Modelle und Befunde zur Entstehung von Fraktionen und Parteien in West- und Mitteleuropa. S. 107-121 in: H.-D. Klingemann et al. (Hg.): *Politische Klasse und politische Institutionen*. Opladen.
- Bois, P., 1960: *Paysans de l'Ouest*. Le Mans.
- Braudel, F., 1972 (zuerst franz. 1958): *Geschichte und Sozialwissenschaften – die „longue durée“*. S. 189-215 in: H. U. Wehler (Hg.): *Geschichte und Soziologie*. Köln.

- Brustein, W., 1988: The Social Origins of Political Regionalism. France, 1849-1981. Berkeley.
- Deriory, D. und M. Dogan, 1970: Unité d'analyse et espace de référence en écologie politique: Le Canton et le Département français. *Revue française de science politique* 21:517-570.
- Espieux, H., 1970: Histoire de l'Occitanie. Nîmes.
- Falter, J. und H. Bömermann, 1989: Die Entwicklung der Weimarer Parteien ihren Hochburgen und die Wahlerfolge der NSDAP. S. 92-118 in: H. Best (Hg.): Politik und Milieu. St. Katharinen.
- Flora, P., 1981: Stein Rokkans Makro-Modell der politischen Entwicklung Europas: ein Rekonstruktionsversuch. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 33:397-436.
- Flory, T., 1966: Le mouvement régionaliste français – Sources et développements. Paris.
- Gollwitzer, H., 1964: Die politische Landschaft in der neueren deutschen Geschichte. Eine Skizze zum deutschen Regionalismus. *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 27:523-552.
- Goubert, P. und D. Roche, 1984: Les Français et l'Ancien Régime. Band 1, La Société et l'Etat. Paris.
- Huard, R., 1991: Le suffrage universel en France 1848-1946. Paris.
- Hunt, L., 1989 (zuerst engl. 1984): Symbole der Macht. Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur. Frankfurt/M.
- Immerfall, S., 1989: Wahlverhalten und Parteiensystem im Kaiserreich: einige quantitative Befunde. In: H. Best (Hg.): Politik und Milieu. St. Katharinen.
- Kaelble, H., 1987: Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880-1980. München.
- Kaufhold, K., 1974: Inhalt und Probleme einer preußischen Gewerbestatistik vor 1860. S. 707-719 in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hg.): Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkularen Wandel. Festschrift für Wilhelm Abel zum 70. Geburtstag. Band 3. Hannover.
- Klatzmann, J., 1958: Géographie électorale de l'agriculture française. S. 36-68 in: J. Fouvet und H. Meudras (Hg.): Les paysans et la politique dans la France contemporaine. Paris.
- Labrousse, E., 1975: Überblick über die Entwicklung der ländlich-bäuerlichen Gesellschaft vom 18. Jahrhundert bis heute. S. 166-183 in: G. Ziebur und H.-G. Haupt (Hg.): Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789. Köln – Berlin.
- Le Bras, H. und E. Todd, 1981: L'invention de la France. Atlas anthropologique et politique. Paris.
- Lill, R., 1984: Großdeutsch und kleindeutsch im Spannungsfeld der Konfessionen. S. 29-48 in: A. Rauscher (Hg.): Probleme des Konfessionalismus in Deutschland seit 1800. Paderborn.
- Lipset, S. M. und S. Rokkan, 1967: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction. S. 1-64 in: S. M. Lipset und S. Rokkan (Hg.): Party Systems and Voter Alignments. New York.
- Mousnier, R., 1978 und 1980: Les institutions de la France sous la monarchie absolue. 2 Bände. Paris.
- Pappi, F. U., 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierung und Wahlabsicht. *Politische Vierteljahresschrift* 19:195-229.

- de Planhol, X. (avec la collaboration de Paul Claval), 1988: *Géographie historique de la France*. Paris.
- Tilly, C, 1962 (2. Auflage): *The Vendee*. New York.
- Trevelyan, G. M., 1962 (zuerst engl. 1944): *Illustrated English Social History*. New York.
- Riemenschneider, R., 1985 (Phil. Diss.): *Dezentralisation und Regionalismus in Frankreich um die Mitte des 19. Jahrhundert*. Bonn.
- Rokkan, S. und D. W. Urwin, 1983: *Economy, territory, identity. Politics of West European Peripheries*. London.
- Scheuch, E. K., 1968: The Cross-cultural Use of Sample Surveys: Problems of Comparability. S. 176-209 in: S. Rokkan (Hg.): *Comparative Research across Cultures and Nations*. Paris.
- Scheuch, E. K., 1973 (3. Auflage): *Entwicklungsrichtungen bei der Analyse sozialwissenschaftlicher Daten*. S. 161-237 in: R. König (Hg.): *Handbuch der empirischen Sozialforschung*. Band 1. Stuttgart.
- Schieder, T., 1962: *Partikularismus und Nationalbewußtsein im Denken des deutschen Vormärz 1815-1848*. Stuttgart.
- Schmitt, K., 1991: *Parteien und regionale politische Traditionen. Eine Einführung*. S. 5-16 in: D. Oberndorfer und K. Schmitt (Hg.): *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin.
- Schumpeter, J. A., 1972 (3. Auflage): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. München.
- Seignobos, C., 1924 und 1926 (zuerst 1897; 7. Auflage bis 1914 fortgeführt; deutsch nach der 5. Auflage 1910): *Histoire politique de l'Europe contemporaine. Evolution des partis et des formes politiques 1814-1890*. 2 Bände. Paris.
- Siegfried, A., 1913: *Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République*. Paris.
- Thomas, H., 1984 (Phil. Diss.): *Das zweite amerikanische Parteiensystem im sektionalen Spannungsfeld 1848-1850*. Frankfurt/M.
- de Tocqueville, A., 1954 (zuerst franz. 1893): *Erinnerungen*. Stuttgart.
- Urwin, D., 1982: *Germany: From Geographical Expression to Regional Accommodation*. S. 165-250 in: D. Urwin und S. Rokkan (Hg.): *The Politics of Territorial Identity, Studies in European Regionalism*. London.
- Vedel, J., 1971: *Une reduction historique à l'unité*. In: R. Lafout: *Le sud et le nord*. Toulouse.
- Vovelle, M., 1987: *Midi rouge, Midi blanc: une problématique*. *Provence Historique* 34:337-347.
- Weber, E., 1983: *La fin des terroirs. La modernisation de la France rurale 1870-1914*. Paris.
- Zelditch, M., 1971: *Intelligible comparisons*. S. 267-307 in: I. Vallier (Hg.): *Comparative Methods in Sociology*. Berkeley.